



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/238- 12.10.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 7654-59  
Fernschreiber 039 890

"Streik" um höhere Mieten	S. 1
Französische Provinzialwahlen	S. 3
Das "Recht" auf den Gewinn	S. 5
Brentano hat viel vor	S. 7

---

## Hausbesitzer wollen streiken

---

R.D. Die Hamburger Hauseigentümer wollen streiken. Das bedeutet nicht, dass sie künftig keine Mieten kassieren wollen. Sie wollen keine Steuern zahlen, nicht wieder aufbauen und Reparaturen unterlassen, und das drohen sie an, wenn der Mietpreisstop und der Kündigungsschutz weiter aufrecht erhalten bleiben. Der Hausbesitz im Bundesgebiet verlangt eine Erhöhung der Alt-Mieten um 40%, wozu die von der Regierungskoalition im Bundestag in einem Initiativ-Antrag verlangte Erhöhung von 20% nur eine Vorleistung darstellen soll.

Man kann zwei Hauptarten des Hausbesitzes unterscheiden. Den Kleinhausbesitzer, den Eigentümer also, der in der Propaganda immer vorgeschoben wird und der nur baute, um selbst zu wohnen. Er ist an einer Mieterhöhung nicht interessiert. Es ist ihm gleichgültig, ob er sich 50 DM mehr oder weniger Miete zahlt. Nicht gleichgültig ist ihm jedoch, ob er wegen dieser für ihn fiktiven Erhöhung auch mehr Steuern und Abgaben zahlt - und darum ist er dagegen. Die zweite Art sind die Vermieter, der "spekulative" Hausbesitz. Sie streben nach Rentabilität, verlangen Erhöhung der Altmieten und drohen. Siehe oben.

Man könnte sich die Sache leicht machen und sagen, da ist keine grosse Gefahr angesichts der-etwas generalisierten- Fest-

stellung, dass der spekulative Hausbesitz etwa 15 Jahre lang sowieso keine Reparaturen vornahm und noch weniger Wiederaufbau betrieb, obgleich in den Altbaumieten etwa 23% des Mietbetrages zweckgebunden für Reparaturen enthalten sind. Ein Beispiel: In Hessen kamen jährlich etwa 400 Mio RM Mieten ein, davon 23% = 92 Mio für Reparaturzwecke. In 15 Jahren also 1.38 Mrd RM. Da nur wenig repariert wurde, diente dieser Betrag teils dem persönlichen Verbrauch der Hauseigentümer, teils der Ablösung ihrer Verschuldung mit wertgeminderter R-Mark. Vom 1.1.39 bis 21.6.48 wurden in Hessen von 460 Mio RM Hauszinssteuer-Hypotheken 296 Mio abgelöst und vom 8.5.45 bis 21.6.48 für 216 Mio RM weitere Hypotheken. Auch nach der Währungsreform sind Reparaturen weitgehend von den Mietern getragen und ist der Wiederaufbau aus öffentlichen Mitteln finanziert worden. Was die Steuern anbelangt, so sind Steuernachlässe schon immer möglich gewesen, wenn die Hauseigentümer die Unrentabilität ihres Besitzes dem Finanzamt glaubwürdig nachzuweisen vermochten. Das ist in den wenigsten Fällen bisher gelungen oder auch nur versucht worden. Wie anders hätte der angeblich seit mehr als 30 Jahren mit "Unterbilanz" arbeitende Hausbesitz ohne Massenkonkurse zu existieren vermocht?

Das ganze Verlangen des spekulativen Hausbesitzes beruht auf einer irreführenden Berechnung der Werte. Auch diese Vermögenswerte müssen, genau wie Sparguthaben und ähnliches, als im Verhältnis 1 : 10 abgewertet angenommen werden. Vom allgemeinen Substanzverlust unserer Volkswirtschaft kann auch diese Kategorie des Besitzes nicht ausgenommen werden. Gerade die Altbau-Mieten werfen für dieses abgewertete Vermögen eine unverhältnismässig hohe Rendite ab, da sie ja auf der ursprünglichen Vermögensanlage berechnet sind, die sich, je älter der Bau ist, umso öfter rekapitalisiert und durch Inflation und Währungsabwertung wiederholt entschuldet hat.

Es wäre nicht mehr als recht und billig, diese übermässige Rendite zugunsten des vom spekulativen Hausbesitz bisher versäumten Wiederaufbaues abzuschöpfen und im Rahmen des notleidenden sozialen Wohnungsbau zu verwenden. Das wäre gerechter, als die Alt-Mieten durch Mieterhöhungen dem gegenwärtig aus der Wohnungsmangellage legalisierten Schwarzmarktpreis für Neubau-Wohnungen anzugleichen. Eine solche Angleichung wäre nicht nur sozial unvertretbar, auch die deutsche Wirtschaft hält sie für untragbar, indem sie feststellt, die Lebenshaltungskosten würd erheblich erhöht, zu Lohnforderungen führen und damit das Kostengefüge und die Konkurrenzfähigkeit unserer Erzeugung gefährden. Eine erhöhte Rendite würde ausserdem zu einer ungerechtfertigten Wertsteigerung des Altbau-Besitzes führen, deren inflationärer Steigerung kein volkswirtschaftlicher Substanzgewinn gegenüberstände.

Wieder Wahlen in Frankreich

A.F.-Paris, Mitte Oktober 1951

Die Hälfte der französischen Wähler wurde am letzten Sonntag zur teilweisen Erneuerung der für die Lokalverwaltung verantwortlichen Generalräte zu den Urnen gerufen. In jedem Wahlkreis wird ein Kandidat nach dem Mehrheitswahlrecht bestimmt. Wird im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit erzielt, muß ein zweiter Wahlgang stattfinden. Etwas über die Hälfte der Generalräte konnte am letzten Sonntag ernannt werden. Der zweite Wahlgang entscheidet über das Schicksal von weiteren 700 Sitzen.

Seit Juni änderten die französischen Wähler nur wenig ihre politischen Ansichten. Die einzelnen Parteien konnten ihre Stellung einigermaßen halten. Das gilt besonders für die Kommunisten, die weiterhin fast ein Viertel des französischen Volkes erfaßten. Im sozialistischen Lager ist man mit dem erzielten Stimmenverhältnis gleichfalls zufrieden, wenn auch mit dem Verlust einer erheblichen Anzahl von Sitzen zu rechnen ist. Die Generalräte werden jeweils für sechs Jahre gewählt und 1945 erreichte die sozialistische Partei, begünstigt von einer Reihe außergewöhnlicher Ereignisse, eine Machtstellung, die sie inzwischen zu einem großen Teil wieder einbüßte.

Das wichtigste Ergebnis der französischen Wahlen ist die eindeutige Bestätigung des bereits im Juni eingeleiteten Rucks nach der konservativen Rechten. Radikalsozialisten, Unabhängige und Bauernvertreter, die, von Einzelheiten abgesehen, politisch auf der gleichen, konservativen Ebene stehen, beherrschen mehr und mehr das politische Leben des Landes. Nicht weniger entscheidend ist die erneute Erfolglosigkeit der Gaullisten, denen es offensichtlich nicht gelingt, über den Rahmen einer zwar größeren, aber von der Mehrheitsstellung sehr weit entfernten Partei hinauszukommen.

Im zweiten Wahlgang werden die politischen Koalitionen spielen, mit dem Ziel, durch geeignete Zusammenschlüsse etwaige Gegenkandidaten auszuschalten. Die Konservativen werden dabei die Hauptnutznießer sein, während die Sozialisten infolge ihrer Meinungs-

verschiedenheiten mit den Regierungsparteien sehr oft isoliert und damit mit geringen Erfolgsaussichten in den Kampf ziehen müssen.

Wenn sich in einigen Tagen das Wahlfieber gelegt hat, werden sich die maßgebenden französischen Parteien die ernste Frage stellen müssen, welche Mehrheit nunmehr das Land regieren soll. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder die Sozialisten finden den Weg zur Koalition der Mitte zurück, oder die Gaullisten verzichten in Erkenntnis der Grenzen ihrer Möglichkeiten auf ihre Herrschaftsansprüche und gliedern sich in den klassischen Rahmen des französischen Parlamentarismus als mehr oder weniger konservative Rechtspartei ein. Rein politisch gesehen entspräche die erste Lösung besser der allgemeinen französischen Entwicklung. Die sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Sozialisten und den Konservativen sind jedoch derartig tief, daß ein sinnvoller Kompromiß kaum vorstellbar ist.

+ + +

#### Petroleumnationalisierung ohne - Krach

Vor kurzem übergab die "Tropical Oil Cy", eine Tochtergesellschaft der Standard Oil in feierlicher Zeremonie um Punkt zwölf Uhr nachts des Tages, an dem ihre Konzession ablief, der neuen halbstaatlichen nationalen Erdölkompanie Kolumbiens das grösste Ölfeld des Landes mit seinen Installationen. Dreissig Jahre hatte die Standard Oil dieses Ölfeld ausgebeutet; im Jahre 1948 beschloss das kolumbische Parlament, die Ölfelder des Landes zu verstaatlichen. Ruhig, aber zielbewusst wurden mit den verschiedenen ausländischen Gesellschaften, die in Kolumbien bisher arbeiten, Verhandlungen eingeleitet mit dem Erfolg, dass bei Auslaufen ihrer Konzessionen sie nicht nur die Felder an Kolumbien zurückgeben, sondern auch die von ihnen geschaffenen Installationen und sogar Techniker und Kredite für eine Übergangszeit zur Verfügung stellen.

Für die nächsten zwei Jahre belässt die "Tropical Oil" 22 Techniker, darunter acht Deutsche, der kolumbianischen Gesellschaft dann hofft diese mit einheimischen Kräften den Betrieb allein aufrechterhalten zu können. Damit sind 53 % der kolumbianischen Erdölproduktion nationalisiert, im Jahre 1955 wird eine weitere grosse Konzession an das Land zurückfallen.

pt.

+ + +

Geschäft über alles  
- - - - -

Es ist gewiss nicht eitel Nächstenliebe, was die Kleider-Firma Müller-Wipperfürth veranlasst, ihre Fabrikate zu einem niedrigeren Preise zu verkaufen, als andere Firmen es tun. Es ist auch nicht ohne weiteres ersichtlich, ob die niedrigeren Preise aus schärferer Kalkulation, also einem Verzicht auf Übergewinn, oder aus rationelleren Arbeitsmethoden, also verbilligtem Produktionsgang oder ob sie gar aus einer "Aktivierung" der Arbeitskräfte, also aus lohndrückenden Massnahmen herrühren. Vielleicht spielen alle Faktoren miteinander dabei eine Rolle, und gewisse Differenzen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung lassen darauf schliessen, dass gerade der letzte der drei Faktoren mindestens als Grundlage für die Preiskalkulation nicht von vornherein ausgeschaltet wird.

Aber halten wir uns zunächst an den nach aussen sichtbaren Tatsachen fest; diese Tatsachen kommen deutlich genug dadurch zum Ausdruck, dass die Konkurrenz der Wipperfürther Kleiderfirma ein guter Kunde der Justiz ist. Prozesse und Berufungsverfahren gegen Müller laufen geradezu am laufenden Band. Vor etlichen Wochen erst war wieder einmal ein Prozess wegen Verstosses gegen das Rabatt-Gesetz zuende gegangen, und der erfolgte Freispruch hat Wellen der Empörung geschlagen; bei den Konkurrenten Wipperfürths, nicht im Publikum.

Eine Stellungnahme des deutschen Einzelhandels zu dieser Angelegenheit, die kurz nach dem Freispruch in alle Welt verbreitet wurde stellt recht unverblümt das Recht auf Gewinn als Selbstverständlichkeit hin und wendet sich gegen die allzu offene Ablehnung des Staatsanwaltes, sich zum "Büttel von Preistreibern" machen zu lassen, deren Bestreben dahin gehe, die Preisspanne auf der gleichen Höhe wie bisher zu halten. Der Einzelhandelsverband, der sich zum Sprecher aller von Müller-Wipperfürth unterbotenen Konkurrenten macht, erblickt in diesen "Entgleisungen" des Kölner Staatsanwalts eine "grobe Verletzung der Objektivität", die dem "in der Mehrzahl sachverständigen Publikum" den Anschein vermittele, dass die von Wipperfürths Konkurrenten geführten Prozesse die allseitig erhofften Preissenkungen verhindern sollten.

Nun, auch ohne die "Entgleisungen" des Staatsanwalts wird das Publikum, wenn sich eine Meute von Einzelhändlern geschlossen gegen

Preisunterbietungen einer Einzelfirma unter Anrufung der Gerichte wehrt, den Eindruck haben, dass hier mit Gewalt eine Preisspanne auf gleicher Höhe gehalten werden soll. Das Publikum hat mit dem Handel schlechthin in den vergangenen Jahren viel trübe Erfahrungen gemacht, es hat die Ereignisse der Währungsreform nicht vergessen, die deutlich zeigten, dass die Zeit des ehrbaren Kaufmanns seit vor weis wie lange vorbei ist und dass der Typ des rücksichtslosen Geschäftemachers das weite Feld der Wirtschaft, insbesondere des Handels, beherrscht. Der Handel - natürlich nicht nur und vielleicht nicht einmal am stärksten der Einzelhandel - hat es nach der Währungsreform recht gut verstanden, die Preise in die Höhe zu treiben und hat im Moment der Koreakrise seine Devise "Geschäft über alles" noch einmal fast ebenso deutlich gezeigt wie unmittelbar nach dem Tage der Geldreform. Die ...zig-Milliardensumme, die seit der Währungsreform für Selbstinvestition "erwirtschaftet" wurde, ist zu einem guten Teil der grosszügigen Kalkulationen zu danken, mit denen der Käufer belastet - oder betrogen - wurde.

Wenn ein Staatsanwalt sich dann dagegen wehrt, der "Büttel von Preistreibern" zu werden, dann macht er keineswegs das Publikum auf Dinge aufmerksam, die es sonst nicht gewahr würde, sondern dann spricht er nur aus, was im Publikum ohnehin der allgemeine Eindruck vom Handelsgebahren der Nachkriegszeit ist. Die "Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels" sollte über derartige "Entgleisungen" des Staatsanwaltes stillschweigend hinweg - zur Tagesordnung des Geschäftemachens - gehen und nicht durch derartige öffentliche Beschwerden die genügend aufgefrischten Erinnerungen an Händlergewohnheiten jüngster Vergangenheit wachrufen. Und ganz besonders sollte sie über die Prozessschweigen, die sie in der trauten Kollektiv-Bruderschaft aller Geschäftemacher gegen die Aussenseiter führt, die die gewohnte Geschlossenheit durch niedrigere Preise gelegentlich stören. R.G.

+ + +

(sp) "Die Preise hoch..." lautet das sehr aktuelle Thema des nächsten Diskussionsgespräches im Politischen Forum des NWDR. Im Funkhaus Hamburg werden ein sozialdemokratischer Sprecher (J.F. Warner) und je ein Politiker der CDU, der FDP und des BHE über das heutige Preisniveau und die politischen und wirtschaftlichen Fragen, die hiermit im Zusammenhang stehen, diskutieren. Die Sendung läuft über das Mitteilwollenprogramm des NWDR am 17.10. von 21.40 bis 22.10 Uhr.

+ + +

Der Mann hatte schon recht  
-----

(sp) Bonn, 13.10.1951

"Eine Haltestelle bitte" - "Fünfzehn Pfennige". Frage des Schaffners: "Fahren Sie vielleicht zum SPD-Haus?" - "Ja". - "Ach, sagen Sie, da habe ich mal eine Frage: "Wie ist das eigentlich, wenn Sie darüber sprechen wollen, mit den geheimen Dokumenten, die Schumacher aus dem Bundeskanzleramt bekommen haben soll?" - Kleine Gedankenpause. Dann fährt der Mann fort: "Wissen Sie, ich habe mir die Sache überlegt. Das wäre doch für die Adenauer-Leute eigentlich eine ganz gute Sache, den Schumacher bei dieser Gelegenheit wenigstens für eine Weile einmal loszuwerden, wenn da was dran ist und Schumacher das nicht machen durfte. Ich weiss ja nicht. Währenddem könnte ja dann die Sache mit den neuen Soldaten ganz schön eingefädelt werden, meinen Sie nicht auch?" - Nun, so einfach, wie sich das die zitierte Stimme des Volkes denkt, ginge das wohl nicht. Aber die Richtung, in der der nachdenkliche Schaffner seine Gedanken spazieren führte, ist schon richtig.

Wie richtig, geht daraus hervor, dass in diesen Tagen der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr von Brentano, in einem kleinen Kreis sinngemäss gesagt hat, diese Gelegenheit sollte man sich wirklich nicht entgehen lassen, sie vielmehr dafür benutzen, Dr. Schumacher nicht nur eins auszuwischen, sondern ihn zu Fall zu bringen. Das ist kaum weniger naiv, als jene Stimme des Schaffners, denn Schumacher hat sich keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht und Verdächtigungen allein reichen bei einem Manne, wie ihm, schon gar nicht aus, ihn "zu Fall zu bringen". Da ist der Wunsch allzu sichtbar der Vater des Gedankens. Bezeichnend aber bleibt vor allem, wie wenig wählerisch man bei der Suche nach einem geeigneten Weg ist, jenen obersten Zweck ihrer Politik, die Diffamierung Schumachers zu erreichen, der, nach der Meinung der Regierungsleute, jedes Mittel heiligen sollte.

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau

## Zentrale Frauenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

---

Vom 19. bis 21. Oktober findet in der Orangerie in Fulda die zentrale Frauenkonferenz der SPD statt. Folgende Themen werden im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen:

"Die gesetzgeberischen Konsequenzen aus Artikel 3 des Grundgesetzes". Die Referentin wird Frau Dr. Elisabeth Selbert sein, die sr. Zt. im parlamentarischen Rat massgeblich an der Formulierung dieses Artikels 3 des Grundgesetzes mitgearbeitet hat.

Als zweites Hauptthema steht auf der Tagesordnung "Sozialismus als Lebenshaltung und Erziehungsaufgabe". Die Referentin wird Frau Dr. Minna Specht sein, die bis vor kurzem Leiterin der Odenwaldschule war. Frau Specht ist im In- und Ausland bekannt als eine der hervorragendsten deutschen Pädagoginnen.

Am 20.10. abends findet eine grosse öffentliche Kundgebung in der Stadthalle Fulda statt, bei der der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Erich Ollenbauer, das Hauptreferat halten wird.

Am 21.10. wird in einer nichtöffentlichen Sitzung über Probleme der Organisation, Schulung und Propaganda beraten werden. Das einleitende Referat zu diesem Tagesordnungspunkt wird Herta Gotthelf, die zentrale Frauensekretärin der SPD, halten.

Unter den Delegierten werden u.a. erwartet: Frau Louise Schroeder, die ehemalige amtierende Oberbürgermeisterin von Berlin, Frau Paula Karpinski, Senatorin für Erziehungs- und Sportwesen in Hamburg, die weiblichen Bundestagsabgeordneten der SPD sowie einige führende Frauen aus der sozialistischen Bewegung des Auslands, Frau Dr. Dorothea Karsten, die Frauenreferentin im Bundesministerium des Innern, hat ebenfalls Ihr Erscheinen zugesagt. Frau Marie Juchacz, Mitglied des Vorstandes der SPD und zentrale Frauensekretärin der SPD von 1917 bis 1933, wird zum ersten Mal nach ihrer Rückkehr aus der Emigration in Amerika wieder an einer zentralen sozialdemokratischen Frauenkonferenz teilnehmen. Frau Juchacz ist die Gründerin der Arbeiter-Wohlfahrt und die erste deutsche Frau, die nach 1918 in der Deutschen Nationalversammlung das Wort ergriffen hat.

Die Geschäftsführerin und zweite Vorsitzende des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt, Frau Lotte Lemke, wird ebenfalls an der Tagung teilnehmen, ausserdem die Geschäftsführerin der Arbeiter-Wohlfahrt Berlin, Frau Ida Wolff.